

Die CSU versucht, den Schein zu wahren

Auch Bayern wird zum G9 zurückkehren – die Frage ist nur, wie die Torheit des G8 von den Verantwortlichen bemäntelt wird, um den Zickzackkurs nicht erkennbar zu machen.

Von Albert Schäffer

Vierhalb Jahre liegt es zurück, dass der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer angekündigt hat, dass das achtjährige Gymnasium (G8) „optimiert“ werde. Es war der Anfang vom Ende des G8 in Bayern. Es wird zwar für eine Minderheit der Schüler weiter die Möglichkeit geben, in acht Jahren das Abitur zu erlangen – welches gesichtswahrende Etikett dafür verwendet wird, ist aber nur noch eine Frage der politischen Opportunität. Für die Mehrheit wird das neunjährige Gymnasium (G9) wiederkehren. Noch sind die endgültigen Entscheidungen in der CSU-Landtagsfraktion und der Staatsregierung nicht gefallen. Aber die Richtung steht fest. „Das wird so kommen“, sagt Seehofer mit der ihm eigenen Geschmeidigkeit; wie es organisiert werde, sei „Sache des Kultusministers“.

Ludwig Spaenle, Seehofers Kultusminister, wird den Arbeitsauftrag verstanden haben. Er muss für die Rückkehr zum G9 ein gefälliges Kleid schneiden, das die größte Torheit in der jüngeren Bildungsgeschichte Bayerns möglichst kaschiert. Nach der Landtagswahl 2013, beabsichtigt von der Zweidrittelmehrheit der CSU, erklärte Edmund Stoiber, der Vorgänger Seehofers, das G9 zur Altlast; vor der Wahl war es noch als Errungenschaft bayerischer Bildungspolitik gefeiert worden. Im Eiltempo wurde das G8 eingeführt, dem stoiberschen Imperativ des „höher, schneller, weiter“ verpflichtet. Es knirschte zwar gewaltig im gymnasialem Gebäck; zunächst gab es an vielen Gymnasien keine Mittagsbetreuung, Intensivierungsstunden mussten von fachfremden Lehrkräften gegeben werden.

Aber zu größeren Korrekturen fand die Politik zunächst nur die Kraft, wenn Wahltermine nahten. Vor der Landtagswahl 2008 wurde eine „Weiterentwicklung“ beschlossen, mit einer Kürzung des Lehrplans, der auf „Grundwissen und Methodenzusatz“ ausgerichtet werden sollte. Die Wähler waren nicht ganz so naiv, wie die CSU dachte: Sie verstanden „Weiterentwicklung“ als Schadenmeldung. Die CSU erhielt bei der Wahl die Quittung und büßte ihre absolute Mehrheit ein; sie musste mühsam lernen, nicht nur in Berlin, sondern auch in München das Wort „Koalition“ zu buchstabieren. Als Seehofer an die Spitze der Regierung und der Partei rückte, wäre die Stunde gekommen gewesen, einen Irrtum einzugestehen und zum G9, dessen Strukturen noch nicht ganz zerstört waren, zurückzukehren. Doch die CSU versteht sich immer noch als Staatspartei, die eine gewisse Unfehlbarkeit beansprucht, auch wenn die Wähler längst vom G9. Es werde ein „gewissen Prozentsatz“ von Schülern – „um die dreißig Prozent meiner Meinung nach“ – geben, die schneller das Abitur erlangen wollten: „Und die können das auch.“ Nach dieser Rechnung hat die CSU siebzig Prozent der Schüler über Jahre ein G8 aufgezwungen, die das nicht wollten und nicht konnten. Spaenle wird das Kunststück vollbringen müssen, diese unangenehme Wahrheit so zu verarmen, dass sie im Wahljahr nur bei angestrengter Suche zu finden ist. Nach der Kabinettsklausur in St. Quirin hat er einen „Dialogprozess“ begonnen, in dem alle Wortmeldungen – für und gegen das G8, für und gegen das G9 – als „wichtiger Beitrag“ gefeiert werden.

Die politische Kosten-Nutzen-Rechnung der Rückkehr zum G9 steht jenseits solcher Umrangungsprosa für die CSU schon jetzt fest. Seehofers Linie ist nicht mehr weit entfernt von der Position des



Warum nicht auf Schüler hören: Die Betroffenen haben es als Erste gemerkt – auch ohne Stress-Syndrom.

Foto ddp

ten entscheiden können, ob sie die Mittelstufe in drei oder in vier Jahren absolvieren.

Das Modellprojekt läuft noch bis zum Ende dieses Schuljahrs an ausgesuchten Gymnasien; gut zwei Drittel der Schüler haben sich für die vierjährige Mittelstufe und damit für eine neunjährige Gymnasialzeit entschieden. Seehofer ist angesichts dieser Statistik rasch klar gewesen, dass Spaenles „Mittelstufe plus“ sich nicht als politisches Druckmittel eignet, schon gar nicht in Wahlzeiten. Auf einer Klausurtagung seines Kabinetts in St. Quirin am Tegernsee wurde im Juli vergangenen Jahres angekündigt, dass vom Schuljahr 2018/2019 an die Gymnasien selbst entscheiden sollten, ob sie einen acht- oder einen neunjährigen Ausbildungsgang anbieten. Große Gymnasien könnten auch parallel G8- und G9-Züge anbieten, wurde als Leitlinie beschlossen.

Seehofer ist – politisch gesehen – ein personifiziertes „Werk in progress“; ein halbes Jahr ist seit St. Quirin vergangen, und Seehofer ist schon wieder mehrere Schritte weiter. Nicht zu überhören ist, was für ihn die künftige Regelform des bayerischen Gymnasiums sein soll: das G9. Es werde ein „gewissen Prozentsatz“ von Schülern – „um die dreißig Prozent meiner Meinung nach“ – geben, die schneller das Abitur erlangen wollten: „Und die können das auch.“ Nach dieser Rechnung hat die CSU siebzig Prozent der Schüler über Jahre ein G8 aufgezwungen, die das nicht wollten und nicht konnten. Spaenle wird das Kunststück vollbringen müssen, diese unangenehme Wahrheit so zu verarmen, dass sie im Wahljahr nur bei angestrengter Suche zu finden ist. Nach der Kabinettsklausur in St. Quirin hat er einen „Dialogprozess“ begonnen, in dem alle Wortmeldungen – für und gegen das G8, für und gegen das G9 – als „wichtiger Beitrag“ gefeiert werden.

Die politische Kosten-Nutzen-Rechnung der Rückkehr zum G9 steht jenseits solcher Umrangungsprosa für die CSU schon jetzt fest. Seehofers Linie ist nicht mehr weit entfernt von der Position des

bayerischen Philologenverbands, der für ein neunjähriges Gymnasium eintritt, mit der Möglichkeit für leistungsstarke Schüler, dieses Modell schneller zu durchlaufen. Wie das zu organisieren sein wird, mit der Möglichkeit eines Überspringens einer zehnten oder elften Jahrgangsstufe, wie es der Philologenverband vorschlägt, oder mit eigenen G8-Zügen an großen Gymnasien, werden die nächsten Wochen zeigen. In der CSU-Landtagsfraktion gibt es Abgeordnete, denen der Abschied vom G8 schwerfällt, für das sie einst von Stoiber in den Kampf geschickt wurden. Vor allem die Bildungspolitiker der Fraktion wollen nicht einfach ihre alten

Redemanuskripte, in denen sie das G8 gefeiert haben, in den Aktenschredner geben und ihren Wählern sagen, dass sie schon immer das G9 besser fanden.

Diese Gruppe damit zu befriedigen, dass das G8 – neben einem G9 – weiter besteht, könnte naheliegen; nichts braucht die CSU vor einer Landtagswahl weniger als einen bildungspolitischen Disput in den eigenen Reihen. Aber die Einsicht in der CSU wächst, dass parallele G8- und G9-Welten, wie sie in St. Quirin skizziert wurden, mit hohen Kosten verbunden wären, auch politischen Kosten. Abgeordnete aus ländlichen Stimmkreisen verspüren nicht allzu große Sehnsucht nach De-

batten, wie das Gymnasium in ihrem Stimmkreis organisiert sein soll – als G8, als G9, als G8-G9. Eine klare Entscheidung müsse getroffen werden, sagen immer mehr Abgeordnete – und das könne nur die Rückkehr zum G9 sein, mit der Möglichkeit, für begabte Schüler Überholspuren anzulegen, zeitliche und inhaltliche. Ihnen könnten im G9 auch Möglichkeiten geboten werden, sich intensiv auf ein Studium vorzubereiten und die Fähigkeiten zum wissenschaftlichen Arbeiten einzüben.

Wo bei der Landtagswahl 2018 eine Mehrheit der Stimmen zu holen sein wird, ist überdeutlich: Die Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien hat ihre Mitglieder befragt – mit dem Ergebnis einer Zweidrittelmehrheit (79,6 Prozent) für eine Rückkehr zum G9. Nur eine kleine Minderheit (11,2 Prozent) votierte für das G8, noch schmalere (9,1 Prozent) fiel das Votum für eine, wie es uncharmant genannt wird, „Zwitterlösung“ aus G9 und G8 aus. Seehofer wird Spaenle nicht lange erläutern müssen, was, um die Formulierung des Ministerpräsidenten aufzugreifen, Sache – Spaenles Sache – ist. Der Kultusminister lässt vorsorglich wissen, dass er ein Votum der Jungen Union, die eine einheitliche neunjährige Gymnasialzeit will, „sehr ernst“ nehme. Der CSU-Nachwuchs gibt Spaenle auch eine Argumentationshilfe an die Hand: Bei der Rückkehr zum G9 dürfe nicht einfach der Lehrplan des G8 beibehalten werden, sondern es müsse eine qualitative Aufwertung des Gymnasiums gelingen. Das G9 als das bessere G8 – die Sprechzettel für den Kultusminister dürften sich, sobald die Entscheidung getroffen ist, fast von allein schreiben.

Eine kleine Hürde gibt es für die CSU noch: SPD und Grüne haben schon Gesetzentwürfe für eine Rückkehr zum G9 vorgelegt. Die CSU schützt es nicht besonders, sich hinter der Opposition einzureihen. Aber sie wird eine Bezeichnung für das neunjährige Gymnasium finden – G9plus oder G9-S –, die glauben lässt, dass sie getreu der Vorgabe ihres Ahnherrn Franz Josef Strauß wieder einmal an der Spitze des bildungspolitischen Fortschritts marschiert.

Die Regelung der Gymnasialzeit in den Ländern

Teilweise oder komplette Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9)

Land	Einführung G8 (Schuljahr)	Doppelter Abiturjahrgang	Rückkehr zu G9	Wahlfreiheit: ●
Baden-Württemberg	2004/05	2012	2012/13 versuchsweise, 2013/2014: 44 Modellschulen	●
Bayern	2004/05	2011	Rückkehr vermutlich 2017/18	●
Hessen	2004/05 ¹⁾	2012–14 ¹⁾	Parallelangebot G8/G9 an Gymnasien (seit 2013) und kooperativen Gesamtschulen (seit 2008)	●
Niedersachsen	2004/05	2011	2015/16 flächendeckende Rückkehr zu G9 ²⁾	●
Nordrhein-Westfalen	2005/06	2013	Einmalig 2011/12 versuchsweise 13 von 630 Gymnasien	● ³⁾
Rheinland-Pfalz	2008/09	–	13 öffentliche und acht private Gymnasien mit G9	●
Schleswig-Holstein	2008/09	2016	2011/12 auf Antrag 15 von 99 Gymnasien ⁴⁾	●

Achtjähriges Gymnasium (G8)

Land	Einführung G8 (Schuljahr)	Doppelter Abiturjahrgang	Land	Einführung G8 (Schuljahr)	Doppelter Abiturjahrgang
Brandenburg	2006/07	2012	Saarland	2001/02	2009
Berlin	2006/07	2012	Sachsen	seit 1992	–
Bremen	2004/05	2012	Sachsen-Anhalt	2003/04	2007
Hamburg	2002/03	2010	Thüringen	seit 1991	–
Mecklenburg-Vorp.	2004/05	2008			

1) Hessen: Einführung an rund 10 Prozent der Gymnasien. 2012 bis 2014 verstärkte Abiturjahrgänge. 2) Niedersachsen: Option auf G8 für leistungsstarke Schüler. 3) Nordrhein-Westfalen: Überlegungen zur Wahlfreiheit. 4) Schleswig-Holstein: Elf Gymnasien ganz auf G9 umgestellt, vier mit parallelen G8- und G9-Zügen.

Quellen: Kultusministerkonferenz; FAZ-Archiv

FAZ-Grafik Walter/Book

Alle sitzen in einem Pool

Wie ähnliche Abituraufgaben für mehr Vergleichbarkeit zwischen den Absolventen verschiedener Länder sorgen sollen / Von Heike Schmol

Angekündigt und beschlossen haben die Kultusminister den sogenannten Abiturpool schon vor fünf Jahren. Sie waren damals unter Zugzwang geraten, weil einige Länder aus dem Süden begonnen hatten, gemeinsame Aufgaben zu stellen. In diesem Jahr wird es zum ersten Mal einen gemeinsamen Aufgabenpool beim Abitur geben. Der Koordinator der sozialdemokratisch geführten Länder, Hamburgs Bildungsminister Ties Rabe (SPD), feierte den Aufgabenpool in der vergangenen Woche in Berlin vor Journalisten noch einmal als gewaltigen Schritt zu mehr Vergleichbarkeit.

In der Tat sollen sich in diesem Frühjahr alle Länder aus einem Fundus an Abituraufgaben in Mathematik, Deutsch, Englisch und Französisch bedienen können. Sie müssen es aber nicht, und sie können sie verändern. Ausdrücklich ist vereinbart worden, dass sie die Aufgaben „so viel wie nötig und so wenig wie möglich“

verändern. Es sei der Ehrgeiz aller Länder, mindestens eine Aufgabe aus dem Pool zu entnehmen, versichern die Bildungspolitiker. Wenn Abiturienten die Wahl zwischen mehreren Aufgaben haben, kann es durchaus sein, dass sie keine Aufgabe aus dem Pool lösen. Denn diese sind nicht eigens gekennzeichnet.

Die Grundlage der Aufgaben sind die Bildungsstandards für das Abitur, die ebenfalls vor fünf Jahren beschlossen wurden. Sie liegen für die vier genannten Fächer vor, für die Naturwissenschaften indessen noch nicht. Bis auch sie beschlossen werden, dürfte es noch einige Jahre dauern – die Mühen der Aufgabenentwicklung mahlen langsam. In einem komplizierten Verfahren werden mögliche Aufgabenstellungen für die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch sowie Französisch vom Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), eigentlich ein Testinstitut, geprüft und mehrfach getestet.

Das IQB entwickelt die Aufgaben nicht selbst, dazu hätte es weder das fachliche Wissen noch das nötige Personal. Doch es koordiniert die Aufgabenentwicklung, die in der Verantwortung der Länder liegt. Zusammen mit den Aufgabenstellern werden sogenannte Erwartungshorizonte mit den von den Schülern zu erbringenden Leistungen abgeben sowie Bewertungsmaßstäbe für die jeweiligen Lehrer. Unterschiedliche Bewertungen werden sich trotzdem nicht ganz ausschließen lassen. Dafür sorgen länderspezifische Gewohnheiten und Regeln mit unterschiedlichen Stundenzahlen für Grund- und Leistungskurse, unterschiedliche Gewichtungen von schriftlichen und mündlichen Leistungen und subjektive Bewertungen von Lehrern, die sich trotz der relativ strikten Erwartungshorizonte nicht völlig vermeiden lassen.

Nach Aussage der IQB-Direktorin Petra Stanat achtet das Institut auch darauf,

dass die Aufgaben nicht übertechnisiert werden, also etwa im Fach Deutsch die Kreativität der Schüler eingeengt und Lösungen nur noch in einem engen Lösungskorridor anerkannt werden. In einer längeren Begleitforschung wird das IQB bewerten, welche Aufgaben sich als zu einfach oder zu schwer herausgestellt haben. Das wäre etwa dann der Fall, wenn die Aufgabe aus dem Pool regelrecht herausfiel und deutlich von den ländereigenen Aufgaben abstände. Sowohl Stanat als auch die bildungspolitischen Verantwortlichen wie der Schulausschussvorsitzende sehen in der Einrichtung des Aufgabenpools für das Abitur schon jetzt eine normierende Wirkung. Langfristig, so die Hoffnung, würden sich sowohl die Aufgabenstellung als auch die Lehrpläne angleichen.

Bis dahin allerdings gilt es noch zahlreiche Konflikte auszufechten. So sind sich die Mathematikdidaktiker keineswegs einig, wie die ideale Aufgabenstel-

lung aussehen soll. Jedenfalls wollen sie sich nicht mit der Anwendung bestimmter Formeln begnügen. Durch die unterschiedlichen Fachgebiete (Analysis, Stochastik, Analytische Geometrie) sind für Mathematik auf Grundniveau und mit erhöhten Anforderungen insgesamt 53 Aufgaben vorgesehen. Für Deutsch sind es 19 und in den Fremdsprachen jeweils 20 Aufgaben.

Der Aufgabenpool bringt es mit sich, dass sich auch die Prüfungstermine annähern werden. Ein einheitlicher Termin lässt sich allerdings nicht einhalten, weil die Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit den Sommerferien beginnen und die Prüfungstermine entsprechend abgestimmt werden. Die Schüler können sich darauf einstellen, dass die Prüfungen in Deutsch, Mathe, Englisch und Französisch zwischen Ende April und Mitte Mai geschrieben werden. Für Mathe ist sogar ein einheitlicher Termin angesetzt.

Respektlose Sprache

Von Rainer Werner

Eine Eigenart der deutschen Sprache bringt es mit sich, dass Gattungsbezeichnungen oft durch männliche grammatische Formen bezeichnet werden. Wenn von einem Lehrer die Rede ist, sind deshalb die weiblichen Lehrkräfte unbegriffen. Das Amtsdeutsch flüchtet sich, um der Gleichberechtigung der Geschlechter auch sprachlich Genüge zu tun, in unschöne Doppelbezeichnungen, wie zum Beispiel Lehrer und Lehrerinnen. Ähnlich umständliche Wortverbindungen findet man auch in Stellenanzeigen. In amtlichen Stellenausschreibungen sind sie gesetzlich vorgeschrieben. Sprachwissenschaftlerinnen, die sich dem Feminismus verpflichtet fühlen, gingen noch einen Schritt weiter. Sie führten in ihren Texten den Gendergap ein („Bürger_innen“). Eine Variante davon ist der Genderstern („Schüler*innen“). Diese beiden Formen haben inzwischen das Binnen-I verdrängt, das in der ersten Generation der „geschlechtergerechten Sprache“ noch üblich war („SchauspielerInnen“). Nun gibt es Wörter im Deutschen, bei denen keine dieser drei Gender-Markierungen weiterhilft. Und zwar beim Wort „Flüchtling“. Das männliche Personalpronomen „der“ weist es als Gattungsbegriff aus, der gleichfalls männlichen Geschlechts ist. Feministische Sprachwächterinnen, die die deutsche Sprache durchforsten, um Wörter aufzuspüren und zu brandmarken, die männlich infiziert sind, haben deshalb ein neues Wort kreiert, das geschlechtsneutral sein soll: Geflüchtete. Es hat inzwischen Teile der Zivilgesellschaft, vor allem das Milieu der Helferszene, aber auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erobert.

Mit der deutschen Sprache ist es allerdings so eine Sache. Sie ist eindeutig, präzise und sie verzeiht keine Fehler. Das Wort „Geflüchtete“ hat eine andere Bedeutung als das Wort „Flüchtling“. Das Partizip Perfekt „geflüchtet“ verwendet man im Deutschen, um eine situativ bedingte, temporäre Ortsveränderung zu bezeichnen. Ein junges Mädchen kann also seiner Mutter erzählen: „In der Disco war es so heiß, dass ich schon nach einer Stunde ins Freie geflüchtet bin.“ Damit ist sie eine Geflüchtete, aber kein Flüchtling. Ein Junge kann seinem Klassenlehrer berichten: „Tut mir leid, dass ich die Hausaufgaben nicht gemacht habe. Aber ich habe zurzeit Liebeskummer und bin deshalb das ganze Wochenende in eine Traumwelt geflüchtet.“ Auch in eine virtuelle Welt kann man flüchten und wird auch hier zum Geflüchteten – nicht aber zum Flüchtling. Ein Flüchtling ist ein Mensch – Mann, Frau oder Kind –, der durch Krieg, Verfolgung, Hunger, Naturkatastrophen oder Epidemien gezwungen ist, seine Heimat dauerhaft zu verlassen. Der existentielle Zwang und die oft lebenslange Vertreibung aus der Heimat fehlen bei den „Geflüchteten“ völlig. Die feministische Sprachreinigung beim Wort Flüchtling ist ein schönes Beispiel dafür, dass eine gute Absicht mitunter das genaue Gegenteil bewirkt: Die Vokabel „Geflüchtete“ führt zu einer Verharmlosung und Banalisierung eines Tatbestandes, der für die betroffenen Menschen so schrecklich ist, dass sich eine Verniedlichung verbietet. Kein vernünftiger und human denkender Mensch würde bei den Juden, die vor dem Holocaust aus Deutschland geflohen sind, von „Geflüchteten“ sprechen. Und wenn er es täte, würde er sich aus dem seriösen Diskurs verabschieden. Diejenigen, denen das Schicksal der Flüchtlinge aus den Kriegs- und Hungergebieten am Herzen liegt, sollten zum treffenden Wort „Flüchtling“ zurückkehren.

Die politische Kosten-Nutzen-Rechnung der Rückkehr zum G9 steht jenseits solcher Umrangungsprosa für die CSU schon jetzt fest. Seehofers Linie ist nicht mehr weit entfernt von der Position des

Bildungsnotizen

Gymnasiallehrer für G9

Als überfällige Korrektur zum Wohle der Schüler in Schleswig-Holstein hat der Vorsitzende des Philologenverbandes Helmut Siegmund in einer ersten Reaktion die Pläne des CDU-Spitzenkandidaten Daniel Günther zur Wiedereinführung des neunjährigen Bildungsganges an den Gymnasien bezeichnet. Zur Sicherung des Leistungsanspruchs fordere gymnasiale Bildung von allen Beteiligten mehr Zeit zur Vertiefung, Reifung und für Übungen. Es zeuge von Demut, aus Fehlern zu lernen und eine Kurskorrektur vorzunehmen. Dieser Schritt sei nachvollziehbar und notwendig – auch vor dem bundesdeutschen Hintergrund, sagte Siegmund. Im Gesamtvergleich gebe es immer mehr Bundesländer, die zu G9-Gymnasien zurückkehrten, insbesondere auch, weil Eltern in allen Umfragen mit großer Mehrheit G8 ablehnten und aus vielfältigen guten Gründen für ihre Kinder eine Rückkehr zu G9 forderten. Die Umstellung in Niedersachsen zeige, dass die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium leichter zu bewerkstelligen sei und weniger curricularen Umstellungsaufwand fordere, als die Befürworter des achtjährigen Gymnasiums in der Koalition glauben machen wollten. Niedersachsen war das erste Land, das grundsätzlich zum neunjährigen Gymnasium zurückgekehrt war. (oll.)